

Antrag 08: Düsseldorfs Verwaltungsdigitalisierung neu denken

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	Markus K. Jaskolski, Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke, Martin Costa Santos
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Der Kreisparteitag möge beschließen und die FDP-Ratsfraktion Düsseldorf, den Rat der**
- 2 **Stadt Düsseldorf und die Stadtverwaltung auffordern:**
- 3 Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung gilt in Düsseldorf als
- 4 Vorzeigeprojekt. In Wahrheit werden nur unübersichtliche Portale erstellt, die
- 5 analoge Anträge als PDFs zur Verfügung stellen oder zu externen Webseiten mit
- 6 digitalen Formularen und Informationszusammenfassungen verlinken. Dies muss dringend
- 7 auf allen Ebenen kritisch hinterfragt und geändert werden. Wir müssen
- 8 Oberbürgermeister Keller und der Verwaltung hierfür auch immer wieder die Frage
- 9 stellen, inwiefern man die zukünftig weiter steigende Arbeitslast bei gleichzeitig
- 10 fehlendem Verwaltungspersonal lösen will. Zudem muss die fehlende Solidarität mit den
- 11 Nachbarkommunen hinterfragt werden, da die aktuelle Entwicklung Landesmittel unnötig
- 12 bindet und Redundanzen erzeugt.
- 13 Daher fordern wir:
- 14 1. Quantifizierbare Konzepte vorgelegt zu bekommen, wie die in Zukunft steigende
- 15 Arbeitslast ohne eine weitere Aufblähung des Verwaltungsapparates geschultert
- 16 werden soll. Ein besonderer Blick muss hierbei auf die Solidarität mit
- 17 Nachbarkommunen gelegt werden und die Möglichkeit, öffentliche Verwaltung
- 18 digital mit diesen zusammenzulegen.
- 19 2. Ein echtes Düsseldorfer „Bürger-Dashboard“. Also den Ausbau von
- 20 <https://service.duesseldorf.de/home> zu einem einheitlichem, übersichtlicherem
- 21 und leichter verständlichem Bürger-Dashboard, das sämtliche
- 22 Verwaltungsangelegenheiten, und in Verbindung stehende Dienstleistungen, an
- 23 einem Ort bündelt, ohne lediglich PDFs zur Verfügung zu stellen und auf externe
- 24 Angebote zu verlinken. Alle Anträge müssen online ausfüllbar und einreichbar
- 25 sein, also medienbruchfrei. Die Autorisierung soll durch die Einbindung der Bund
- 26 ID erfolgen. Hier soll auch eine direkte Kommunikation mit Sachbearbeitern über
- 27 Chat-Funktionen integriert werden.
- 28 3. Eine „proaktive Verwaltung“ statt Antragspflicht. Verwaltung soll Bürgern und
- 29 Unternehmen Leistungen automatisch anbieten, anstatt immer nur auf Anträge zu
- 30 warten (z. B. Verlängerung von Parkausweisen, KITA-Plätze, usw.). Hierzu muss
- 31 das Bürger-Dashboard weiter zum echten Bürger-Portal ausgebaut werden, in dessen
- 32 Rahmen verknüpfte Angebote direkt und per registrierten Kontaktdaten proaktiv
- 33 unterbreitet werden.

Begründung

Dieser Antrag ist in Verbindung mit dem Antrag „Verwaltungsdigitalisierung in NRW neue Wege ermöglichen“ zu verstehen, der die notwendigen Rahmenbedingungen für zukünftige Entwicklungen auf

Landesebene sichert.

Wir dürfen uns in Düsseldorf nicht länger mit dem digitalen Flickwerk zufriedengeben, welches lediglich versucht mit „ach und krach“ die gesetzlichen Verpflichtungen des Onlinezugangsgesetzes zu erfüllen. Stattdessen müssen wir eine echte „Durchdigitalisierung“ der öffentlichen Verwaltung verlangen.

Zeitgleich müssen hierbei auch zukünftige Perspektiven in Betracht gezogen werden. Also die auf uns zukommende weiter steigende Arbeitslast und die solidarische Meisterung dieser zusammen mit den Nachbarkommunen. Die Systeme in Düsseldorf müssen also nicht nur konsistenter und übersichtlicher aufgebaut, sondern auch auf neue Methoden wie KI-gestützte Verwaltungsentscheidungen und Synergien mit Nachbarkommunen vorbereitet werden.